

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sozialdemokratischer Protest.

Gegen den Widerstand der Ortsbehörden. — Erklärungen vom Reich und von Preußen im Rechtsauschuß.

Der Rechtsauschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit den letzten Paragraphen des Kompromißantrages der bürgerlichen Parteien. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte zur Geschäftsordnung

Genosse Dr. Rosenfeld:

Das Volksbegehren, welches jetzt eingeleitet ist, um eine entschuldigungslose Entlassung der Fürsten herbeizuführen, wird anscheinend in vielen Landestellen von den Gemeinde- und Gutsbehörden sabotiert. Der „Vorwärts“ hat solche Nachrichten aus der Provinz Brandenburg und aus Pommern gebracht. Ansehend wird die Sabotage auf Veranlassung des Landbundes getrieben. Es ist auch bezeichnend, daß gerade aus Oels, wo der frühere Kronprinz sich, eine Reihe von Sabotagenachrichten vorliegen. Die preussische Regierung muß energisch eingreifen, und auch die Reichsbehörden müssen dafür sorgen, daß die Gemeindebehörden keine Sabotage des Volksbegehrens vornehmen. Was gedenken Reichsregierung und preussische Regierung zu tun?

Abg. Coerting erhebt Einspruch gegen die mit den Beratungen des Rechtsauschusses angeblich nicht zusammenhängende Angelegenheit.

Vors. Kahl: Ein Vertreter der Deutschnationalen hat kürzlich auch das Volksbegehren hier zur Sprache gebracht. Deshalb kann ich als Vorsitzender diese Erörterung nicht ablehnen.

Ministerialrat Schühe:

Im Auftrage des preussischen Ministers des Innern kann ich erklären, daß der Erlaß zur Durchführung des Volksbegehrens auf

die denkbar schnellste Weise herausgegeben worden ist. Der Minister hat die preussischen Behörden angewiesen, ihr schärfstes Augenmerk darauf zu richten, daß die Gemeinde- und Gutsverwalter mit aller Sicherheit ihre Pflicht erfüllen. Der Minister wird selbst mit aller Entschiedenheit eingreifen, wo sein Erlaß in den einzelnen Fällen nicht erfüllt wird.

Abg. Korsch: Die Erklärung des preussischen Vertreters erledigt die Sache nur für Preußen. Wir erwarten eine ähnlich bindende Erklärung von der Reichsregierung.

Reichskommissar Kuenger:

Die Durchführung des Volksbegehrens ist Sache der Länder. Das Reich kann nicht eingreifen. Nur wo Beschwerden kommen, kann das Reich auf die Landesregierungen einwirken.

Abg. v. Richtigshofen (Dem.): Der Rechtsauschuß hat eigentlich mit dieser Sache nichts zu tun. Wenn sich aber die Fälle häufen, daß Schwierigkeiten dem Lande bereitet werden, ist es prattisch, wenn die Regierungen im Rechtsauschuß Erklärungen abgeben. Sonst ist eine Interpellation nicht zu vermeiden.

Eine ungenügende Erklärung.

Abg. Dr. Rosenfeld: Die Erklärung des Reiches genügt mir nicht. Das Reich kann schon jetzt bei den Landesregierungen anregen, daß überall Sabotageakten unterer Verwaltungsbehörden entschieden entgegengetreten wird.

Reichskommissar Kuenger: Ich werde von diesen Wünschen dem Reichsminister des Innern Kenntnis geben und alsdann im Ausschuß Mitteilung machen.

Auch Spanien verlangt ständigen Ratsitz.

Als Vertreter von 17 spanischen Mitgliedstaaten.

Madrid, 26. Februar. (W.B.) Die „Nacion“ veröffentlicht Erklärungen des Außenministers Panguas über die endgültige Haltung der spanischen Regierung bezüglich des bevorstehenden Zusammentritts der Völkerbundesversammlung. Der Minister führt aus: „Alle Länder sind so gut wie einig, daß der Antrag Deutschlands angenommen werden sollte, was übrigens einen neuen Schritt auf dem Wege zur universellen Gestaltung des Völkerbundes bedeutet. Alle Aufmerksamkeit ist indessen auf die zweite Frage betreffend eventuelle Vorschläge des Rates hinsichtlich seiner Zusammenfassung gerichtet. Spanien erkennt die Rechtmäßigkeit der Bestrebungen Deutschlands nach einem ständigen Ratsitz an und ist der Ansicht, daß dies einer der eventuellen Vorschläge sein muß, die in der Tagesordnung erwähnt werden. Spanien ist dennoch der Meinung, daß seine Forderung nicht beiseite geschoben oder auf eine spätere Tagung verschoben werden kann. Da ja das gegenwärtig aufgetauchte Problem dasjenige der Raiserweiterung ist, muß es endgültig gelöst werden. Spanien hatte sich bereits 1922 um seine Zulassung als ständiges Völkerbundsmitglied beworben und dabei fast allgemeine Uebereinstimmung im Schoße des Rates gefunden. Der Minister weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Spanien die bedeutendste der während des Krieges neutral gebliebenen europäischen Nationen sei. Spanien ist der Vertreter einer Zivilisation und einer Rasse, zu der 17 Mitgliedstaaten gehören, von denen keiner einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat hat. Gerade aus diesem Grunde wurde ihm bei der Bildung des Internationalen Gerichtshofes ein Posten zuerteilt.“

Die spanische Regierung ist fest entschlossen, den Völkerbundsrat offiziell zu verlassen, daß unter den eventuellen Vorschlägen, die er hinsichtlich des Artikels 4 des Statutes machen kann, der Vorschlag der Zulassung Spaniens als ständiges Ratsmitglied enthalten sei. Spanien sagt den Mitgliedern des Völkerbundsrats für seine wohlwollende Haltung gegenüber unserem Lande aufrichtigen Dank und gibt sich der Hoffnung hin, daß seine gerechte Forderung erfüllt werden wird.

Durch den Antrag Spaniens auf Einräumung eines ständigen Ratsitzes wird die ohnehin schon verwickelte Lage noch mehr kompliziert. Ein Ausweg kann nur gefunden werden, wenn man sich dazu entschließt, alle derartigen Anträge bis nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und seinen Rat zurückzustellen.

Man braucht nur die deutschnationalen Presse zu lesen, um zu erkennen, daß durch den Versuch, zugleich mit Deutschland auch noch einer anderen Macht einen ständigen Ratsitz im Völkerbund zu verschaffen, der Politik von Locarno ein schwerer Schlag veretzt worden ist. Für die Gegner dieser Politik muß der Scheitern um die Ratsitze als Beweis dafür dienen, daß der Völkerbund ein Bund der Siegerstaaten ist und bleiben will und daß im internationalen Verkehr mit Treu und Glauben nicht zu rechnen ist. Die Gegner hoffen, daß die deutsche Regierung mit ihrem Standpunkt nicht durchdringen und daraufhin ihr Eintrittsgesuch zurückziehen wird, sie hoffen also, daß aus dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nichts wird, und das die Verträge von Locarno infolgedessen nicht in Kraft treten werden.

Die Schwäche der Reaktion in Deutschland beruht auf dem Umstand, daß sie keine auswärtige Politik hat, die über leere Phrasen hinausgeht, während die von ihr bekämpfte auswärtige Politik bisher sichtbare Erfolge für sich

hatte. Darum haben die Deutschnationalen die Mehrheit des Volks und des Reichstages gegen sich. Das Bild würde sich jedoch mit einem Schlags ändern, wenn die auswärtige Politik Deutschlands an der Schwelle des Völkerbundes scheitern würde. Der Tag, an dem dies geschehen würde, wäre ein Tag des Triumphes für die nationalistische Reaktion, aber ein schwarzer Tag für alle in Deutschland, die Herrn Chamberlain und Herrn Briand geholfen haben, die Verträge von Locarno zustande zu bringen.

Die Erkenntnis dieser kritischen Lage ist für die Haltung bestimmend, die die Sozialdemokratische Partei zu der schwebenden Frage einnimmt. Niemand hierzulande hat das Versprechen, Deutschland einen ständigen Ratsitz einzuräumen, so verstanden, daß zugleich auch eine weitere Venederung in der Zusammenfassung des Rates eintreten könnte. Jedermann empfindet, daß der Versuch einer solchen Venederung gegen den Geist der Aufrichtigkeit und der Loyalität verstößt, der nach Locarno die internationale Politik beherrschen soll. Die deutschen Sozialdemokraten wollen Wächter darüber sein, daß von deutscher Seite stets in diesem Geiste gehandelt wird — wie können sie aber das, wenn evident wird, daß das gleiche von der Gegenseite nicht geschieht?

Es handelt sich nicht nur darum, daß die deutsche Regierung in den Völkerbund eintritt, es handelt sich vor allem darum, daß da deutsche Volk für den Völkerbundgedanken gewonnen wird. Diesem Gedanken ist auch das Geschick und Gesehe der letzten Wochen schon Schaden genug zugefügt worden, und darum sollte man sich beeilen, der Welt wieder ein etwas erhebenderes Schauspiel zu gewähren. Das kann aber nur geschehen, wenn Deutschland, wie verabredet, unter die ständigen Ratsmitglieder aufgenommen und dann über eine etwaige Rekonstruktion des Bundes und seiner Verfassung in sachlicher Weise verhandelt wird.

Beunruhigung im Unterhaus.

London, 26. Februar. (W.B.) Der parlamentarische Korrespondent des „Daily News“ bezeichnet es als möglich, daß am nächsten Donnerstag im Unterhaus eine Debatte über die Haltung der Regierung bei der bevorstehenden Genfer Zusammenkunft stattfinden wird. Er sagt, die Regierung sei im allgemeinen wenig geneigt, unmittelbar vor der internationalen Konferenz eine Erörterung darüber anzustellen, aber die Unruhe unter den Mitgliedern sei derart, daß eine Erörterung wünschenswert erscheine.

Polnische Opposition gegen polnische Ansprüche.

Warschau, 26. Februar. (W.B.) Die Rede Strzyski über den Locarnovertrag rief bei den Oppositionsparteien lebhaften Widerspruch hervor. Die Führer der ukrainischen, der weißrussischen und der linken Bauernpartei riefen ihm zu, daß es besser wäre, wenn sich Strzyski bemühen würde, daß in Polen selbst Locarnogeist herrsche.

Die Regierungskommission beschloß, die Ratifizierung des Locarno-Vertrages einer Kommission zu überweisen.

Norwegen gegen die Erweiterung des Völkerbundsrats.

London, 26. Februar. (W.B.) Der norwegische Gesandte stütete gestern dem Auswärtigen Amt in der Downingstreet einen Besuch ab, um Erklärungen über die Haltung Norwegens zur Vermehrung der ständigen Ratsitze abzugeben. Der norwegische Standpunkt ist fast der gleiche wie der Schwedens. Norwegen wünscht keine Kandidatur außer der Deutschlands bei der Rärztung des Völkerbundes behandelt zu sehen.

Trockenlegung?

Zum Kampfe um das Gemeindebestimmungsrecht.

Von Wilhelm Sollmann.

Das Gemeindebestimmungsrecht ist die Selbstbestimmung der Gemeindeglieder über die Grenzen, in denen sie den Ausschank und den Kleinhandel geistiger Getränke in ihren Gemeinden zulassen wollen, also eine unzweifelhaft demokratische Angelegenheit. Die deutsche Sozialdemokratie hat auf ihrem Parteitage zu Berlin im Jahre 1924 sich zum Gemeindebestimmungsrecht als einem der Mittel zur Eindämmung des Alkoholismus bekannt. Wiederholt hat sie im Geiste dieses Parteitagsbeschlusses Anträge im Reichstage gestellt. Vor einigen Wochen hat unsere Reichstagsfraktion nach langer gründlicher Aussprache sich erneut die parlamentarische Vertretung des Gemeindebestimmungsrechts zu eigen gemacht.

Inzwischen ist der Streit um das Gemeindebestimmungsrecht zu einer großen Millionen Volksgenossen aufwühlenden Bewegung geworden. In einem Reichsausschuß für das Gemeindebestimmungsrecht sind nicht nur die hunderttausende Mitglieder zählenden Abstammungsorganisationen vereinigt, sondern auch die Frauenvereine aller Richtungen, die Jugendbewegung von rechts bis links, Kirchen und Freikirchen und zahlreiche sonstige kulturelle Vereinigungen. Unmittelbar nach dem Abschluß des Volksbegehrens gegen die Fürstenabfindung wird dieses große alkoholgegnerische Kartell mit einer Unterschriftensammlung zugunsten des Gemeindebestimmungsrechts beginnen. Man erwartet ein Aufgebot von Millionen Unterschriften.

Die gesamte Alkoholindustrie, und zwar Unternehmer und Arbeiter, der Alkoholhandel, die Gastwirte aller Art und der Weinbau haben sich zu einem Reichsausschuß gegen das Gemeindebestimmungsrecht zusammengeschlossen. Mit reichen finanziellen Mitteln, von denen die Interatenspalten tausender Zeitungen, Millionen Flugblätter, eine zahlreiche Broschürenliteratur zeugen, versuchen die Gegner des Gemeindebestimmungsrechts den Eindruck zu erwecken, als breche eine antikatholische Götterdämmerung über Deutschland herein, als drohe eine „Trockenlegung“ nach amerikanischem Muster, als stehe die gefeßlich verordnete „Zwangsabstinenz“ von Wein, Bier und Schnaps bevor, wenn der Reichstag das Gemeindebestimmungsrecht annehme.

Was also ist es mit diesem heiß umstrittenen Gemeindebestimmungsrecht? Ein Gesehentwurf zu seiner Einführung lag schon im Sommer 1923 dem Reichstage vor, blieb aber infolge des baldigen Schlußes der Legislaturperiode unerledigt. Schon die Tatsache, daß der Gesehentwurf von dem heftigsten Winterfreund, Reichswirtschaftsminister Dr. Becker gezeichnet war, bietet Gewähr dafür, wie wenig das Gemeindebestimmungsrecht für eine „Trockenlegung“ Deutschlands geeignet ist. Jener Gesehentwurf, um dessen Wiedervortage der ganze bisherige Kampf ging, sollte lediglich die reichsgesetzliche Grundlage für die Einführung des Gemeindebestimmungsrechts geben, nicht aber etwa dessen zwangsweise Anordnung für alle Länder und Gemeinden. Mit anderen Worten: das Reich wollte den Ländern die Möglichkeit geben, den Gemeinden das Recht zu gewähren, den Alkoholausschank auf Grund des Gemeindebestimmungsrechts zu regeln. Also: angenommen, der Reichstag würde ein Gesetz über das Gemeindebestimmungsrecht beschließen, so würde damit der Alkoholindustrie und dem Alkoholhandel noch nicht das geringste geschehen sein. Nun müßten erst von Regierung oder Parteien in den Parlamenten der Länder — Preußen, Bayern, Sachsen, Hessen usw. — Gesehentwürfe zur Einführung des Gemeindebestimmungsrechts eingebracht und von einer Mehrheit verabschiedet werden. Angenommen selbst, das wäre in allen deutschen Ländern geschehen, so würden immer noch überall ungehemmt alle geistigen Getränke ausgeschenkt und getrunken werden dürfen. Erst wenn dann in bestimmten Gemeinden die Alkoholgegner eine Abstimmung beantragen und mit der außerordentlich hoch qualifizierten Mehrheit von zwei Drittel der gültigen Stimmen bei einer Beteiligung von drei Viertel aller Wahlberechtigten siegen sollten, wird die entsprechende Einschränkung des Alkoholausschanks oder des Alkoholhandels, jedoch lediglich in der betreffenden Gemeinde erfolgen. Von einem völligen Alkoholverbot würde aber selbst bei dem stärksten Erfolge der Alkoholgegner nicht einmal in der einzelnen Gemeinde die Rede sein können. Das Gemeindebestimmungsrecht in der feineren vorgeschlagenen Form konnte die Zahl der Gast- und Schankwirtschaften auf ihren jetzigen Stand begrenzen, konnte sie allmählich verringern und konnte endlich das Ausschänken und Verabfolgen geistiger Getränke oder bestimmter Arten solcher Getränke in der betreffenden Gemeinde verbieten. Es war also beispielsweise denkbar, daß ein Ortsverbot für Schnaps beschlossen wurde, während Bier unbeschränkt ausgeschenkt werden durfte. Selbst bei dem radikalsten Siege der Alkoholgegner blieb aber die Erzeugung von Alkohol ungehindert, fiel die Aufbewahrung und der Genuß geistiger Getränke im Privathause und bei privater Gesellschaft nicht unter das Gemeindeverbot. Die ganze Gesehebungsaktion konnte also nur eine Verringerung des Angebots von Alkohol zur Folge haben, ein Zurückdrängen der jetzt mit allen Mitteln kapitalistischen Raffinements betriebenen Verführung zum Trinken und damit ein Eindämmen der seit einigen Jahren wieder ansteigenden Alkoholfut.

Wehr können auch die alkoholgegnerischen

Ruth Fischer's Widerruf in Moskau. Sinowjew's Krute.

Die Kommunisten dürfen wieder etwas von Ruth Fischer hören. Sie hat ebenso wie Rosenberg auf der Sitzung des erweiterten Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale eine Rede halten dürfen. Berichtet sich, nur eine gefinnungsfromme Rede voll Ergebenheit gegen die Moskauer Allgewaltigen. Ihre Rede ist ein vollkommener Widerruf, ein wenig buhfertiges Bekenntnis: Vater Sinowjew, ich habe gefehlt. Wir zitieren die markantesten Stellen dieser Rede, die erkennen lassen, aus welchem Holze kommunistische Führer geschnitten sind:

„Ich bin mit den Thesen und dem Referat Sinowjew's völlig einverstanden. Der Kampf muß gegen rechts und ultralinks gleichzeitig geführt werden.“

Deshalb war der C.K.A.-Brief notwendig, politisch vollkommen richtig. Der C.K.A.-Brief behauptet auch richtig, daß nicht die deutsche Linke danktrotz ist, sondern nur einige linke Führer. (Zwischenruf: „Du und Mastow!“) Die Linke machte einen ungeheuren Fehler, als sie in Frankfurt keine christliche Bilanz zog. (Zwischenruf: „Statt Bilanz doppelte Buchführung!“)

Das C.K.A. hatte recht, als es in Frankfurt vor den ultralinken Fehlern warnte. Raslow drängte schon im September zur Veränderung der Taktik, um die Partei aus der Isolierung herauszuführen, aber in der Befürchtung des Mißtrauens der Parteimassen taten wir das nicht. (Zwischenruf: „Schon wieder sind die Arbeiter schuld!“) Nach den Reichstagswahlen im Dezember machten wir eine halbe Wendung, aber wir bekämpften auch damals nicht die ultralinken Strömungen offen. Die Hindenburg-Wahlen zeigten, daß wir den Kurs korrigieren müssen und damals fielen wir in der Einheitsfrontfrage und in der Volksblockfrage in neue schwere Rechtsfehler, wodurch wir die offene Rebellion der Ultralinken herbeiführten.

Damals führten wir den Kampf gegen ultralinks mechanisch und administrativ, auf dem Berliner Parteitag haben wir die Gegenfrage verschmiedet, machten aus Frankfurt eine Heiligenlegende.

Deshalb war der C.K.A.-Brief eine reifende, reinigende Tat.

Deshalb unterschrieb ich den C.K.A.-Brief. Der C.K.A.-Brief wies nach zwei Jahren schwerer Fehler den Weg. Deshalb wollte ich die Beschlüsse des C.K.A.-Brieftes selbst durchführen, um die Partei vor Erschütterungen zu bewahren. (Lebhafte Heiterkeit.) Deshalb hat ich die Zentrale, den C.K.A.-Brief in Berlin durchzuführen, aber die Zentrale zog es vor, die Berliner Bezirksleitung administrativ zu erledigen.

Die Partei hat jetzt große objektive Möglichkeiten. Die Dames-Wilsonen zerflatterten. (Zwischenruf: „Du auch!“)

Der Widerruf war früher in der Kirche gebräuchlich — wir glauben nur nicht, daß er unter schillernder Heiterkeit der Anwesenden und höhnenden Zurufen vollzogen wurde. Die Form wurde wenigstens geachtet, wenn Verstand und Gewissen vergewaltigt wurden.

Immerhin sind diese Heiterkeit und diese Zwischenrufe bezeichnend. Wer wird ernst nehmen, was in Moskau deklamiert wird, wie werden sich kommunistische Führer untereinander ernst nehmen und sich Ueberzeugung zutrauen!

Aber nun ist ja alles gut; Sinowjew hat recht, vollkommen recht, die Krute ist geküßt, und bei der nächsten Schwenkung ist Ruth Fischer wieder möglich und kann wieder auf Deutschland losgelassen werden. Ein paar Monate Zwangsaufenthalt in Moskau wirken Wunder für die Herausbildung von einwandfreier Gefinnung, jener Gefinnung, die nur durch ein Wort zu bezeichnen ist, das die deutschen kommunistischen Führer insgeheim alle den Nationalliberalen von einst nachempfinden: „Hunde sind wir ja doch!“

Anschlußdebatte in Paris.

Die wirtschaftliche Notwendigkeit. — Gegenargumente eines französischen Senators.

Paris, den 2. Februar. (Zit.) Der ehemalige Finanzminister im Kabinett Seipel, Dr. Riebenow, hat in der Pariser Hochschule für soziale Forschung einen Vortrag über die gegenwärtige Lage in Oesterreich gehalten. Die finanzielle Sanierung habe die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen Oesterreich leidet, keineswegs beseitigen können. Es sei ein Lebensinteresse Oesterreichs, daß ein freier Austausch der Güter im internationalen Verkehr ermöglicht würde. Die Hauptursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten Oesterreichs liege in einer Erschwerung der Handelsbeziehungen zu den Nachbarstaaten. Der bisherigen Handelspolitik Europas drohe Oesterreich zu erliegen. So sei in Oesterreich der Wunsch der Vereinigung mit dem Deutschen Reich in wirtschaftlicher Beziehung Gegenstand sehr lebhafter Besprechungen, wobei nicht immer an eine politische Vereinigung gedacht werden müsse. In Oesterreich sei der Gedanke, der Schaffung großer Wirtschaftsgebiete von der größten Anziehungskraft; es könne hinzugefügt werden, daß Oesterreich der Verwirklichung des Gedankens eines wirtschaftlich vereinigten Europas in seiner allgemeinsten Form mit größter Freude zustimmen würde.

Als die Sitzung aufgehoben wurde, ereignete sich ein kleiner Zwischenfall, ein Mitglied der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten sprach in scharfer Weise gegen die Möglichkeit eines Anschlusses von Oesterreich an Deutschland. Man möge den Präsidenten Hindenburg auf das Beispiel Louis Phillippus verweisen, der von einer Vereinigung mit Belgien nichts wissen wollte. Im übrigen sei er davon überzeugt, daß infolge der Unterschiede im Temperament und Volkscharakter eine Vereinigung von Deutschland und Oesterreich nicht möglich sei. (1)

Untersuchungsausschuß für den Bergbau.

Auf Antrag der kommunistischen Fraktion, den die Sozialdemokraten unterstützt haben, setzte der Landtag heute einen Untersuchungsausschuß von 15 Mitgliedern für die Untersuchung aller Beschwerden über die Bergbehörde und ihre Organe ein.

Reinhold Walle, M. d. L., schickt uns folgende Berichtigung: „In Nr. 84 des 'Vorwärts' vom 19. Februar wird behauptet, ich habe bei dem Institut Romdorff, Jägerstr. 19, ein Konto gehabt. Das ist unrichtig. Wahr ist vielmehr, daß lediglich ein Konto u. Puhlmann sich dort befunden hat, das aber mit Ruhrhilfe und ähnlichem nicht das geringste zu tun gehabt hat.“ — Die Frage, wer über dieses Konto verfügt hat, läßt Walle wohlweislich offen.

Landtagsabgeordneter Herdemann-Opprenhen, der vor wenigen Monaten aus der kommunistischen Fraktion austrat, erluchte die sozialdemokratische Fraktion um seine Aufnahme. Die Fraktion beschloß, ihn aufzunehmen, so daß die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags jetzt 115 Mitglieder zählt.

Sterndeute der Strafe.

In einer ruhigen Seitenstraße im Norden, nicht weit von der Ecke entfernt, steht ein kleiner, vierdrähtiger Karren, besetzt mit Rappen, Papieren und kleinen Schränkchen, melancholisch flütert das Licht der unscheinbaren Kachelnamppe. Man hört das Klingeln der Straßenglocken, das Rattern der Autobusse, man sieht auch von hier die großen Bogenlampen der Verkehrstraße und die groß beleuchteten Fenster der billigen Geschäfte. Die Straße liegt still da, abseits vom Leben, ausgestorben. Hin und wieder sieht man einen Menschen. Nur um den kleinen Wagen steht eine andächtige Gemeinde, sie erdrückt beinahe den Herrn, der eine große Scheibe mit den Zeichen des Tierkreises in der Hand hält und kühl und klar redet. Aus der Hauptstraße kommen Menschen und bleiben stehen, Arbeiter, Angestellte, Frauen, die noch kurz vor Geschäftsschluß etwas belorgt haben. Der Herr spricht mit ruhiger Sachlichkeit, er meidet jede marxtschreierische Geste, vielleicht ist es ein verträchteter Student, ein stellungsgeloser Schauspieler oder so ähnliches. — Die Sterne beherrschen das Weltgeschehen. — Seine Stimme klingt dabei männlich gestraft. — Die Sterne beherrschen die Politik. Die Gegenwart ist leider politisch verelugt, man wertet den Menschen nur nach seiner Parteigehörigkeit. — Straßend erhebt sich sein Zeigefinger. — Und doch kann er nichts dafür, wenn er Hakenkreuzler, Demokrat, Kommunist oder Sozialist ist. Schicksal, das in den Sternen geschrieben steht. Sie bestimmen die politische Einstellung, wie sie bestimmen, ob jemand eine glückliche Ehe führt oder zum Verbrecher wird. Aus den Sternen kann man die Zukunft lesen, kann man sehen, ob man in der Politik oder Wirtschaft noch eine Rolle spielen wird. Allein die genaue Stunde der Geburt ist zu diesem Wissen notwendig, und ein kleines Heftchen, das nur fünfzig Pfennig kostet. Dankschreiben von Berühmtheiten seien in der Tasche vorhanden. Der Herr bricht ab, im Publikum lacht man, zögert, hustet. Dann wird gekauft, jeder will wissen, für welche Partei ihn die Sterne bestimmt haben, möchte erfahren, ob in ihm ein kleiner Staatsmann verborgen schlummere.

Die Sterne sind weit, und auf sie kann man getrost alle Schuld schieben. Es ist gut, daß der moderne Sterndeute an der Chausseestraße eine Entschuldigung für die Dummheiten der radikalen Parteien gefunden hat.

Drügelnde Hakenkreuzler.

Sie beschimpfen die Republik!

Zu einer schweren Schlägerei und Schießerei kam es gestern nacht gegen 11 Uhr in Weihenstephan am Trionopark. Mehrere Reichsbannerleute, die wahrscheinlich aus einer Versammlung von Hohenschönhausen zurückkehrten, wo sie als Saalkampf anwesend waren, wurden am Trionopark von Stahlhelmläusen überfallen. Es kam zu einem Handgemenge. Ein Ueberfallkommando griff ein und nahm sieben Personen fest. Die übrigen flüchteten und konnten von den Beamten, die die Verfolgung aufnahmen, in der Dunkelheit nicht eingeholt werden. Mehrere der Verhafteten wiesen Verletzungen am Kopf durch Stockschläge auf. Von den Stahlhelmläusen wurden Schüsse abgegeben, die glücklicherweise niemanden verletzten.

In den Kriegervereinsräumen in der Chausseestraße hatten gestern Nationalsozialisten eine Versammlung, die mäßig besucht war. Nach Schluß der Versammlung traten die halbwüchsigen, hakenkreuzigen Versammlungsteilnehmer geschlossen an, um groß und jähelnd durch die Straßen zu ziehen. Zwei etwa 100 Mann starke Züge bewegten sich die Chausseestraße in südlicher Richtung entlang und sollten am Oranienburger Tor von einem starken Polizeiaufgebot aufgehalten werden. Die Nationalsozialisten beschimpften hierbei die Polizeibeamten und brachten Schmährufe auf die Republik und die Regierung aus. Die Beamten, die sich aufs äußerste provoziert fühlten, nahmen fünf Verhaftungen vor. Bei einem der Verhafteten wurde ein Totschuß vorgefunden.

Viktor Schmußly und seine Parteifreunde.

Zur Affäre Schmußly-Bannsee wird bekannt, daß Viktor Schmußly in der vorigen Woche aus der Haft entlassen worden ist. Er selber hat jetzt gegen frühere Freunde Strafanzeige erstattet. Mehrere hervorragende Persönlichkeiten der deutschnationalen Partei sollen schwer belästet werden. Die vor längerer Zeit im 'Völkisch-Anzeiger' und in anderen rechtsstehenden Zeitungen verbreitete Meldung, Viktor Schmußly gehöre keiner politischen Partei an, ist eine grobe Unwahrheit. Viktor Schmußly ist seit einem Jahr in Bannsee zweiter Vorsitzender der deutschnationalen Partei und war ihr Propagandaleiter bei den Reichspräsidentenwahlen. Er behauptet, diese Tätigkeit habe ihn viel Geld gekostet, doch habe er von seiner Partei wenig oder nichts erhalten. Infolgedessen habe er meist aus seiner Tasche bezahlen müssen — und die reichte bis in den Kassenstempel der Ortskrankenkasse hinein. Näheres wird der Staatsanwalt feststellen. Beim Provinzialschulkollegium ist gleichfalls Anzeige erstattet worden. Gegen den Vorsitzenden der Ortskrankenkasse, der auch ein streng national denkender Mann ist, ist beim Oberversicherungsamt eine Beschwerde eingegangen. Viktor Schmußly war ein großer Schreiber gegen die Republik. Eifrig und überlaut beteiligte er sich an der Bannsee-Hege, wofür er den Dank seiner deutschnationalen Freunde erntete. Wieviel Opfer die Affäre Schmußly noch fordern wird, darüber zerbricht mancher sich den Kopf. Festgestellt kann werden, daß durch die Veruntreuungen Schmußly's die deutschnationale Terrorgruppe in Bannsee aufgelassen ist. Beschuldigungen gehen zwischen ehemaligen Freunden hin und her. Wie weit sie zutreffen, wird die Untersuchung ergeben.

Aus verschmähter Liebe.

In der Wohnung ihres Geliebten erschloß sich gestern abend eine 37 Jahre alte Margarete A. aus Mohlsdorf. Diese lernte vor einiger Zeit bei einer Heiratsvermittlerin einen Kaufmann S. vom Kurfürstendamm kennen und verliebte sich in ihn. Bei S. aber war die Gegenliebe nicht so stark, daß er sich zur Heirat hätte entschließen können. Trotz ihres wiederholten Drängens kam er bisher zu keiner Entscheidung. Ihre Drohung, daß sie sich in seiner Gegenwart das Leben nehmen werde, wenn es nicht zur Heirat komme, nahm S. nicht ernst. Gestern abend jedoch kam sie in seine Wohnung und machte die Drohung wahr. Als die Entscheidung negativ ausfiel, zog sie einen Revolver aus der Tasche und tätete sich durch einen Schuß ins Herz. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Durch einen Sprung aus dem fahrenden Borortzuge nahm sich gestern abend gegen 8 Uhr auf der Stettiner Straße in der Nähe der Millionenbrücke ein Fahrgast das Leben. Er wurde neben den Gleisen tot aufgefunden und als ein Holzarbeiter Bladimir Brodski festgestellt, der sich arbeits- und wohnungslos in Berlin aufhielt.

Veränderungen im Straßenbahnverkehr.

Am 1. März d. J. treten die folgenden Linienänderungen und Betriebsveränderungen in Kraft: Die Linie 41, Reinickendorf-West-Kreuzbergstraße, wird über Rahbachstraße, Dreißdubstraße, General-Pape-Straße bis Bahnhof Pape-Straße weitergeführt. — Linie 35, Tempelhofer, Kaiserin-Augusta-Straße bis Greerstraße, Ecke Reinickendorfer Straße, wird über Greerstraße und Seestraße bis Amrumer Straße (Wichow-Krankenhaus) verlängert. — Linie 31, Strelitzer Straße-Bahnhof Zoologischer Garten, wird zu einem Ring geschlossen. Die neue Linie erhält die Bezeichnung 'A. Luhestraße' (Stirnchilder). Sie nimmt vom Zoologischen Garten folgenden Weg: Hardenbergstraße, Luisen-

Parckstraße, Frankfurterstraße, Gohdowolfsbrücke, Alt-Roabit, Beusselstraße, Luchstraße, Siemannstraße, Putschstraße, Putschbrücke, Höckerstraße, Höckerstraße, Augustenburger Platz, Lützowstraße, C. Her Straße, Luxemburger Straße, Schulstraße, Grezjerstraße, Badstraße, Brunnensstraße, Bernauer Straße und weiter den Weg der bisherigen Linie 31, die mit der Einrichtung der Linie 5 in Kottbuscher Platz kommt. — Auf den Linien 15, 115, 99, 199 gelangen neue Fahrpläne zur Einführung mit geringfügigen Abweichungen in den Abfahrtszeiten gegenüber dem bisherigen Fahrplan.

Für die Fürstenteignung.

In einer starkbesuchten Versammlung in Hohenschönhausen sprach in der Schulaula Riedemstraße Genosse Hermann Lempert „Für die entschuldigende Entgeltnung der Fürsten“. Genosse Lempert zeichnete in seinen fünfteiligen Ausführungen den Entwicklungsgang der Fürstenvermögen, charakterisierte das systematische Treiben der fürstlichen Deserteure, die aus dem ins Unglück gestürzten Volk nach Milliardenwerte herauspressen wollten, als übelste Ausplünderungsart, und richtete an die Versammelten den dringenden Appell, alle Kräfte für den Volksbegehrt anzuspinnen. Nicht 4 Millionen, nein 10 und 12 Millionen müßten sich in die Einzugslisten eintragen, um den intrigierenden Cliquen der früheren Fürstenhäuser und ihren mißfährigen Angehörigen schon hierbei deutlich den einmütigen Willen des Volkes aufzuzeigen: den fürstlichen Raubrittern keinen Pfennig des Volksvermögens. In der Diskussion sprach der Kommunist Hirsch, der die Einheitsfront forderte und sie auf kommunistische Weise gleich praktisch betätigte, indem er eine geharnischte Anklage gegen die „völkerrätischen SPD-Führer“ vom Stapel ließ. Da der leitende Einheitskapitel einige Male recht ausfallend wurde, geriet die Versammlung in degreifliche Unruhe. In seinem Schlusswort wies Lempert die kommunistischen Angriffe zurück und rief die Versammlung nochmals auf, alle Kräfte für den Sieg des Volkes einzusetzen. Der Unerschämtheit dieser mißgemoordenen „Landesväter“ setzte die Sozialdemokratie den ehernen Willen der empörten Volksmassen entgegen. In diesem Zeichen müsse man stehen.

In der überfüllten Aula des Realgymnasiums, Lützenstraße in Steglitz sprach gestern abend Genosse Pastor Bleyer gegen die Fürstenteignung. In fast zweiwündiger umfassender Rede wies er darauf hin, daß die entscheidende Ablehnung der Fürstenteignungen das aufrichtige Bekenntnis zur Republik bedeute, zu einem freien und stolzen Leben. Der Kampf gilt nicht nur den Fürsten, sondern auch all den Anachronismen, die sich um sie scharen, weil sie dabei Geschäfte wittern. Das Geld, das die Fürsten erhalten würden, könnte nur diesen Kreaturen zugute kommen. Mit diesem Geld würde der verstellte Kampf gegen die Republik geführt, würde den Fürstentrieglern der Raden gestiftet werden. Die Welt erwartet, daß das deutsche Volk seine fruchtbarste Haltung ausübt, in der Stunde der Entscheidung Charakter zeigt. Jeder Kredit im Ausland wäre eingezogen, wenn den abgedankten Fürsten in einer Zeit der Arbeitslosigkeit und des Glubsches Milliarden zufließen. Das Vermögen der Fürsten muß dem deutschen Volk zugänglich gemacht werden, den Menschen, die durch Krieg und Inflation auf das schwerste geschädigt wurden. Gleichgültig, wie die Werte zu realisieren sind, sie müssen aber in die Hände des Volkes gelangen. Mitleid mit den Fürsten wäre erbärmlich, denn bei nur zu vielen Gelegenheiten zeigten sich die Fürsten erbarmungslos, sei es, daß sie im Zeitalter des Absolutismus ihre Landeskinder verhandelt oder sei es, daß sie im Weltkrieg profitierten, während das Volk hungerte. Jeder Pfennig, den sie erhalten, ist ein Verdrehen am Volk. Das deutsche Volk muß erwachen. In der Diskussion verlegte darauf ein harmloser Herr in grünem Ledermantelchen gegen die Juden Stimmung zu machen.

Abchied von Frau Zinke.

Im Krematorium Baumshuldenweg wurde heute mittag Genosse Frau Zinke zur letzten Ruhe bestattet. Verwandte, parteigenössliche Freunde, Verbände und Geschäftskollegen hatten sich in reicher Zahl eingefunden. Chopins 'Trauermarsch' und das alle 'Ein Sohn des Volkes' leiteten die stimmungsvolle Feier ein. Dann zeichnete Genosse Dupont das Lebensbild des Verstorbenen. Er rief der Trauergemeinde ins Gedächtnis, wie Zinke schon in den schweren 12 Jahren des Sozialistengesetzes hieß, die Partei zu halten und auszubauen. Wie er sich den Verfolgungen des Unternehmertums und des damaligen Klassenstaates auslegte und wie er in Gemeinschaft mit Gesinnungsgenossen einen 'Lebessklub' ins Leben rief, weil die Partei gezwungen war, ihr wahres Gesicht zu verbergen. Aber nie wollte Zinke der Führer sein, stets blieb er der einfache Funktionär. Er stand sein Leben lang treu zur Sache, zur Partei, zu seiner Ueberzeugung. Als Expedient des 'Vorwärts' tat er mehr als seine Pflicht: er arbeitete bewußt für die Partei. In das danken wir unserem Toten und seiner lieben Lebensgefährtin, die treu an seiner Seite ihm das Wirken ermöglichte.

Schülerkonzert. Das Volkshilfungsamt Prenzlauer Berg veranstaltete ein Chorkonzert der höheren Schulen aus seinem Verwaltungsbezirk. Waren alle Konzerte für 60 Pl. zu hören, und von Kindern so die Propagandablattemmel geschlagen, waren sicherlich die Musiker glückliche Sterbliche. Denn der Saalbau Friedrichshagen war gepreßt voll. Sowohl die reinen vierstimmigen Chöre wie auch das Orchester mit der Sinfonie S-Dur von Haydn zeugte von mühsam aber froh getaner Arbeit. Die Jungen hätten gar zu gern gefehlt, daß die Mädchen sich recht blamierten, aber es ging alles gut, und das Publikum war begeistert. Besonders entzückte der von Brenzel geleitete Chor aus der 'Schöpfung', den die Schüler erstaunlich schön und kraftvoll wiedergaben.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Tagesheime für die erwerbslose Jugend. Das Bezirksamt Mitte, Dezerent Genosse Stadtrat Herrmann, hat für die erwerbslosen Jugendlichen Tagesheime eingerichtet, in denen die Jugendlichen nachmittags 2 Uhr ein freies Mittagessen erhalten und sich mit Unterhaltungs- und Lesespielen die Zeit vertreiben können. Auch sind Werkzeuge für Papp- und Klebearbeiten, Holzarbeiten, Metallarbeiten, für Nähen und Kochen vorgelesen. Es stehen folgende Heime verteilbar von 2 bis 7 Uhr zur Verfügung: Für junge Männer Ruppiner Straße 25, Pfugstraße 12, Kottbuscher Straße 75. Für junge Mädchen: Bernauer Straße 89/90, Parochialstraße 29.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in Lüneburg. Dort fuhr in der Nähe der roten Schleuse ein mit zwei Herren besetztes Auto gegen einen Baum und stürzte um. Beide Insassen und der Chauffeur wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Der Chauffeur schoß sich in der Aufregung eine Kugel in den Kopf. Er wurde in das Krankenhaus nach Lüneburg übergeführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Der härmliche Don José. Bei einer Carmen-Aufführung im Stadttheater in Tours wurde die Darstellerin der Carmen bei einer Aufführung im letzten Akt durch ihren Partner erheblich verletzt. Der Darsteller des José handhabte seinen Theaterdolch so unvorsichtig, daß die Carmen schwere Stichwunden davontrug und vom Arzt verbunden werden mußte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Am Sonntagabend, den 27. Februar, abends 6 1/2 Uhr, Abrechnung bei Keller, Fürstent. 1.

Jugendveranstaltungen.

Wochendeziel Prenzlauer Berg I. Der Hamburg-Filmabend des Verbelegerts Prenzlauer Berg I findet nicht in der Danziger Str. 62, wie heute morgen irrtümlich an dieser Stelle stand, sondern in der Greifswalder Str. 25 statt.

Wirtschaft

Steigerung der Zuckerproduktion.

Die Schätzungen der Zuckerpampagne 1923/24 enthalten neue Produktionssteigerungen sowohl für Rohr- als für Rübenzucker. Die Zuckerverzeugung der Welt ist seit Jahren in ständigem Steigen begriffen. Die Weltproduktion von 1923/24 betrug mehr als 20 Millionen Tonnen, d. h. 1,8 Millionen mehr als 1922/23. Die folgende Kampagne 1924/25 brachte eine noch größere Steigerung — um 3 1/2 Millionen Tonnen — und ergab eine Weltproduktion von 23,6 Millionen Tonnen. Die gegenwärtige Zunahme beträgt 650 000 Tonnen, woraus sich für das laufende Jahr eine Weltproduktion von 24,2 Millionen Tonnen ergibt.

Bemerkenswert ist bei dieser Entwicklung die Erstarkung der Rübenzuckerproduktion. Bekanntlich ist seit dem Krieg der Rübenzucker gegenüber dem Rohrzucker in den Hintergründen getreten, in einem Ausmaß, daß 1923/24 einer Rübenzuckerproduktion von 5,8 Millionen Tonnen 14,3 Millionen Tonnen Rohrzucker gegenüberstand, also fast die dreifache Menge. Seitdem hat die Rohrzuckerzeugung nur mäßig zugenommen, von 14,3 auf 15,8, dagegen erhöhte sich die Rübenzuckerproduktion von 5,8 auf 8,4 Millionen Tonnen. Der größte Teil der Rübenzuckerproduktion, 7,6 Millionen von 8,4 Millionen Tonnen entfällt auf europäische Länder, der Rest auf die Vereinigten Staaten.

Die Rohrzuckerzeugung verteilt sich dagegen auf verschiedene Länder: Cuba ist mit über 5 Millionen Tonnen, andere amerikanische Länder mit 3,7 Millionen, verschiedene asiatische

Länder — vor allem Holländisch-Indien und Java mit 6,7 Millionen beteiligt.

Der Zunahme der Zuckerproduktion steht eine außerordentliche Steigerung des Weltverbrauchs gegenüber, der durch die sinkenden Preise angeregt war. Der Verbrauch in den Vereinigten Staaten stieg im vergangenen Jahr um 17 Proz. statt wie normal um 3 bis 4 Proz. Falls sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa bessern und die Zuckerpreise keine weitere Erhöhung erfahren, wird die vermehrte Produktion dieses Jahres ohne Schwierigkeiten aufgenommen werden können.

Die zehnte Herabsetzung des Privatdiskonts seit Jahresbeginn. Der Zinssatz für die Beleihung kurzfristiger Gelder zwischen Banken und ersten Industriefirmen gegen Akzept hat seit Jahresbeginn, in knapp acht Wochen die zehnte Herabsetzung erfahren. Er liegt heute bei 5 Proz. und hat, wie von den Berliner Börsenblättern mit einer gewissen Genugtuung festgestellt wird, damit den Vorriegelstand erreicht. Es ist bekannt, daß in diesen rapiden Veränderungen leider nicht das günstige Zeichen für die Wirtschaftslage erblickt werden kann, das das Sinken des Privatdiskonts in normalen Zeiten bedeutet. Während es früher die Ueberwindung der Kreditkrise ankündigte, ist es heute leider nur ein Zeichen für die Fortdauer des tiefen Stillstands zwischen den großen Banken und schweren Industrien. Den zum Optimismus verpfändeten Börsenblättern ist auch fernweg wohl dabei. Sie stellen selbst fest, daß die zehnmalige Senkung des Privatdiskonts keineswegs das Angebot an Privatdiskonten vermehrt hat. Sie hoffen zwar auf ein steigendes Angebot aus der Provinz zum Monatsende müssen aber merkwürdigerweise gleichzeitig berichten, daß der Geldzufluß nach Berlin aus der Provinz unver-

mindert angefallen hat. Dafür geht immer mehr Geld der deutschen Banken zu kurzfristigen Anlagen ins Ausland, weil das Ausland, obwohl es in Geld schwimmt, höher verzinst als Deutschland, wo die Betriebe wegen ihrer ungenügenden Kreditfähigkeit an Kreditmangel verdrängen. Leider gibt die Entwicklung des Privatdiskonts zum Optimismus keinerlei Anlaß. Sie verrät vielmehr die schwerste Erkrankung des ganzen deutschen Bankwesens, dem der notwendige Ausgleich zwischen dem Geld- und dem Kapitalbedarf der Wirtschaft nicht gelingt.

Amerikaner in der deutschen Schloßindustrie. Die Formen, in denen sich das amerikanische Kapital an der deutschen Industrie beteiligt, kurz- und langfristige Darlehen sowie Aktienwerb, werden durch einen Fall aus der Welberter Schloßindustrie in interessanter Weise erweitert. Die Interessengruppe Stanley Work in New Britain (USA) hat eine der größten deutschen Schloßfabriken, die Firma F. A. von Brud in Welbert, im ganzen käuflich erworben. Die offene Handelsgesellschaft wird unter dem Namen von Brud, Schornier- und Riegelfabrik, eine G. m. b. H. in amerikanischem Besitz. Die Gründe des Besitzwechsels sind unbekannt. Jedenfalls ist es beachtlich, daß das amerikanische Geschäftsinteresse nicht nur in wichtige deutsche Ausfuhrindustrien vorrückt, sondern über große Aktienbesitzungen hinaus auch Einzelfirmen aufkauft, deren Beherrschung sich lohnt.

Verantwortlich für Politik: Graf Kemner; Wirtschaft: Fritz Salomon; Gemeindefortschritt: J. Steiner; Kunstler: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Fritz Karst; Kunstler: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Berlin: Formis-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. **Blitz** in Berlin.

8 billige Tage Unerreichte Preise

Herrn-Anzüge
Solide Stoffe, hell 33,00 Eleg. Frühjahrs- und dunkel 35,00
Neue Formen, gute Qualität 42,00
Manchester-Anzüge 35,00
Schoffor-Anzüge groß & Lager 72,00

Herrn-Mäntel
Dienstadt-Schlüpfers 38,00 Gahardins, neue Formen 58,00
H. elegant, prima 49,00 Mat.-Erstst. prima 72,00
Quintalen 10,00 Ansfür 30 10,00
Gummi-Mäntel 32,00, 28,00, 18,00, 16,00 13,00
Herrn-Hosen 25,00, 18,00, 15,00, 13,00 3,00

Zur Einsegnung! Anzüge aus Cheviot- u. Melton-Stoffen, ein- u. zweifelhig 55,-, 48,-, 42,-, 36,-, 33,-, 30,- **24,-**

Maß-Anzüge feinste Verarbeitung 180,-, 160,-, 135,- **120,-**
Sportkleidung Anzüge mit kurzer and langer Hose 69, 57, 49 **39,-** | Windjacken 26, 18, 12 **9,50** | **Loden-Mäntel** 42, 35, 26 **19,50**
Knaben-Anzüge und Mäntel von **7,00** / Berufs-Kleidung für jedes Gewerbe

S. JOSEPH, SCHÖNEBERG
Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße
Beachten Sie bitte meine 12 Schaufenster!

Volkspark Bergschloßhöhe
Neukölln, Karlsgartenstraße 6-11
Eröffnung: Sonnabend, d. 27. Februar 1926
mit großer Musikkapelle — Attraktionen und Sersationen
größten Stills
Ganz neu für Berlin! **Barthels Turmrußbahn!**
Der alth. Vergnügungspark des Südens, Urbanstr., ist jetzt vollst. n. d. Wirtschaftsparks Bergschloßhöhe, Neukölln, Karlsgartenstr. 6-11, verlegt

Gardinen!
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe
Künstler-Gardinen 2,90
Kunst-Gardinen 4,-
Stores 2,20
Herdecken 4,-
Bettdecken 8,-
Spez. -Sonderverkauf
Neukölln, Bergstr. 67
am R. n. Bahnhof Köln Laden!

Ischias
Auf Teilzahlung
Herrn- und Garderobe
Knaben- **Gummi-Mäntel** für Damen
Sport-Paletots, Tailien-Mäntel, Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metallbetten, Kpl. Wohnungseinrichtung, usw. Einzelmöbel
Antel, Gr. Frankfurter Str. 34
Strausberger Platz
Gegründet 1901

Sofa
Ruharmaturen
Nähe Gör-
litzer Bahnhof
Pumpen-
und Wasser-
schlauch-Vertrieb
Luisenpark 16

Serien-Verkauf

Mengenabgabe vorbehalten

55 Pf. 95 Pf. 1,95 2,95 4,95

- | | | | | |
|--|--|---|---|--|
| 1 Paar Damen-Strümpfe 55 Pf. | 1 Frauen-Hut bastliert 95 Pf. | 1 Unterkleid Kunstseide mit kleinen Federn elastisch 1,95 | 1 Damen-Kleid Wachsstoff 2,95 | 1 m Foulard reine Seide, Doppeltbreit 4,95 |
| 1 Paar Herren-Socken farbige, Doppelschle 55 Pf. | 1 Bluse Kimonoform 95 Pf. | 1 Kostümrock englisch gemastert 1,95 | 1 Kinder-Kleid prima Stoff, ca. 60-80 cm 2,95 | 1 m Kleiderseide schwarz, ca. 55 cm breit 4,95 |
| 3 Dtz. Wäscheknopfe, 3 1/2 bwl. Band, schwarz u. weiß, 2 Sterne Leinwandzwirn, 1 Dtz. Sicherheitsnad., 1 Briefstecknad. 55 Pf. | 1 Paar Strümpfe f. Damen, echt Woll-Kunstseide, bastliert 95 Pf. | 1 kunstseid. Bluse Kimonoform 1,95 | 1 Unterrock aus gemastertem Stoff 2,95 | 1 Morgenrock flausch, farbig-blende 4,95 |
| 3 Dtz. Wäscheknopfe, 5 Sterne Leinwandzwirn, 5 Stopftwist 55 Pf. | 1 Paar Strümpfe für Damen, Kunstseide, bastliert 95 Pf. | 1 Herren-Hemd oder -Hose makofarbig, Größe 4-6 1,95 | 1 Paar Damen-Strümpferama-seide 2,95 | 1 Oberhemd prima Perkal, gestirnt 4,95 |
| 1 m Musseline imitiert 55 Pf. | 1 Damen-Schlüpfers reine Baumw. 95 Pf. | 1 Einsatzhemd 1,95 | 1 Damen-Reformhose 2,95 | 1 Schirm Topfform, 8- und 12teilig 4,95 |
| 1 m Nessel ca. 85 cm breit 55 Pf. | 1 m Krepon bedruckt 95 Pf. | 1 Schlafdecke ca. 140/180 cm 1,95 | 1 Barchant-Bettliaken mit Kante 2,95 | 1 mod. Tagalpicotform f. rbg 4,95 |
| 1 Küchenhandtuch Gerstenkorn-gewebe 55 Pf. | 1 m Baumwollmusseline ca. 80 cm breit 95 Pf. | 1 Kaffeedecke ca. 110/110 cm 1,95 | 1 Kaffeedecke gewebt, 110/150 cm 2,95 | 1 moderner Frauen-Hut Linseide-gewebe, mit Fan 4,95 |
| 6 Damen-Taschentücher 55 Pf. | 1 Stubenhandtuch ca. 80x100 cm, gutes Halbleinen 95 Pf. | 1 fertiges Kissen z. T. handgeet. 1,95 | 1 Prinzessrock breite Stickerei 2,95 | 1 bedruckter Japonschal 4,95 |
| 1 Untertaile mit Stickerei 55 Pf. | 1 m Seide gestreift 95 Pf. | 1 Knaben-Hose mit Leibchen, Größe 1-4 1,95 | 1 Damen-Nächthemd reiche Stick. 2,95 | 1 Damen-Kleid Trikot, Kunstseide 4,95 |
| 1 Kinder-Schürze aus Gummi 55 Pf. | 1 m Kleiderstoff 95 Pf. | 1 m Kleiderstoff, ca. 100cmbr. 1,95 | 1 Kunstseid. Hemdhemd Volant 2,95 | 1 Bluse Kessak, Kunstseide 4,95 |
| 1 Bluse Kimonoform 55 Pf. | 1 Damen-Hemd mit Stickerei 95 Pf. | 1 Hemdhose mit Stickerei 1,95 | 1 m Crêpe marocain reine Woll 2,95 | 1 Paar Lederhausschuhe 4,95 |
| 1 m Etamin doppeltbreit 55 Pf. | 1 Jumperschürze 95 Pf. | 1 Kunstseid. Schlüpfers m. Volant 1,95 | 1 m Hemdseide ca. 75 cm breit, weiß und farbig gestreift 2,95 | 1 Paar Herren-Rindl.-Sandalen Größe 41 bis 46 4,95 |
| 1 Spitzendecke mit farb. Stickerei 55 Pf. | 1 Kleiderweste Barlett m. Valenci.-Sp. 95 Pf. | 1 Regencape imprägniert 1,95 | 1 Liserethut moderne Form, m. Hand-garnitur 2,95 | 1 Paar Herren-Hosen gestr. u. uni 4,95 |
| 1 gezeichnete Bürstentasche 55 Pf. | 1 kunstseidener Schalkragen 95 Pf. | 1 Frauen-Hut bastliert mit Band 1,95 | 1 Uebergangshut aus Kunstseide 2,95 | 1 Paar Breeches-Hosen pr. Qualität 4,95 |
| 1 Binder breite Form 55 Pf. | 1 gez. Küchenhandtuch m. Blende 95 Pf. | 1 fertiger Bottwandschoner 1,95 | 1 elegante Kleiderweste Kunstseide, moderne Farben 2,95 | 1 fertiges Tuchkissen 4,95 |
| 5 m Wäschestickerei 55 Pf. | 1 Paar Hosenträger Gummi, m. Leder 95 Pf. | 1 Binder reine Seide 1,95 | 1 Herren-Hut moderne Form 2,95 | 1 gezeichnete Tischdecke ca. 130/160 4,95 |
| 5 1/2 m Valenciennes-Spitze 55 Pf. | 1 Herren-Sportmütze 95 Pf. | 3 Eckenkragen 4-fach 1,95 | 1 Taghemd gute Qualität 2,95 | 1 Halbstore mit echten Einsätzen 4,95 |
| 5 Rollen Kropf-Toilettenpapier 55 Pf. | 1 Berufsschürze in allen Farben 95 Pf. | 1 Paar Herren-Gamaschen 1,95 | 1 Arbeitsweste Manchester u. engl. Led 2,95 | 1 Madrasgarnitur steifig 4,95 |
| 1 Milchtopf 1 Liter Inhalt, weiß Porzellan 55 Pf. | 1 Paar Stoffhauschuhe f. Damen 95 Pf. | 1 Paar Hausschuhe m. Ledersohle, Größe 31-35 1,95 | 1 Paar Rindlersandalen 27-30 2,95 | 1 Damen-Bügetasche 4,95 |
| 6 Tassen mit Untertassen 55 Pf. | 5 Paar Schuhrleinen, 1 Paar Socken- und Aermelhalter 95 Pf. | 1 Wachstuchtschlecke 80/110 1,95 | 1 Paar Damen-Niedertreter Leder 2,95 | 1 Zinkwanne mit Holzboden 4,95 |
| 1 Waschtisch mit Zapfen 55 Pf. | 1 Pfund Kakao, 1/2 Pfund Gebäck, 1 Tafel Schokolade 95 Pf. | 1 Aktenmappe Lederimitation 1,95 | 1 Künstlergarnitur steifig 2,95 | 1 bezogenes Plättbrett 12 Zoll br. 4,95 |
| 1 vernickeltes Tischbesteck 55 Pf. | 2 Scheibenschleier 95 Pf. | 1 Party Cases mit Spiegel und Fortionnate 1,95 | 1 Einkaufsbeutel Nindleder 2,95 | 1 Wandkaffeemühle 4,95 |
| 3 Pakete Seifenpulver 55 Pf. | 1 Ascher rein Messing, m. Glasaschtray 95 Pf. | 1 Emaill-Wasseroimer dekoriert 1,95 | 1 Krümelschaufel rein Messing, mit Braun 2,95 | 1 Brotschneidemaschine mit solitem Messer 4,95 |
| 3 Stück feine Toiletteseife 55 Pf. | 1 Besuchstasche echt Leder 95 Pf. | 1 Blumenbrett grün 1,95 | 1 Tischlampe komplett 2,95 | 1 Kaffeeservice für 6 Personen, 5 teilig, Porzellan 4,95 |
| 1 Rasierapparat 55 Pf. | 1 Handkorb extra groß 95 Pf. | 1 Aluminium-Schmortopf m. Deck 95 Pf. | 1 Rosshaarbesen u. 1 Ross-haarhandfeger 2,95 | 1 Waschgarnitur mit bürstet Goldbein 4,95 |
| 1 Geldtasche echt Leder 55 Pf. | 1 Aluminium-Schmortopf m. Deck 95 Pf. | 1 Vase geschliffen 1,95 | 1 Kaffeeservice steifig, Porzellan 2,95 | 1 Küchenuhr echt Porzellan 4,95 |
| 1 Besuchstasche Lederimitation 55 Pf. | 12 Kompotteller gepresst 95 Pf. | 1 Paar Ohrringe echt Silber 1,95 | 6 Likörgläser geschliffen 2,95 | 1 Jacquard-Tischtuch 4,95 |
| | 1 Rasiergarnitur 95 Pf. | | 1 Parfümzerstäuber reich geschliffen 2,95 | 1 Deckbettbezug aus Linon 4,95 |

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

Gewerkschaftsbewegung

Kein Reichstarif der Holzarbeiter.

Die Unternehmer gegen den Schiedspruch.

Die Arbeitgeber der deutschen Holzindustrie hatten bekanntlich die im vorigen Jahre abgeschlossenen Bezirkslohnabkommen für Anfang Februar gekündigt, da sie einen Lohnabbau von 10 bis 30 Proz. je nach den verschiedenen Bezirken verlangten. Das tarifliche Lohnamt in Leipzig hatte jedoch, wie wir berichteten, am 2. Februar einen Schiedspruch gefällt, der die Verlängerung der bisherigen Lohnabkommen fast unverändert bis zum 31. Juli d. J. voraussetzte.

Diese Regelung wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, worauf der Reichsarbeitsminister für den gestrigen Donnerstag beide Parteien noch einmal zu informativischen Besprechungen einlud. Es wurde dort festgestellt, daß keine der beiden Parteien ein amtliches Schiedsverfahren eingeleitet hat, somit ein Eingreifen des Reichsarbeitsministers nicht in Frage kommt. Damit tritt für das Reich ein tarifloser Zustand ein. Ob die Unternehmer dabei gut fahren werden, wird sich ja zeigen.

Zehnstundentag für russische Bauarbeiter.

Wem der Schuh paßt . . .

Unsere Mitteilungen über die Beseitigung des Achtstundentages der Bauarbeiter in Rußland, die wir dem offiziellen Organ der russischen Gewerkschaften entnommen haben, sind der „Rote Fahne“ sehr unangenehm. Und da ihr nichts Dämoneres einfällt, behauptet sie, wir hätten diese Mitteilung nur veröffentlicht, weil wir selbst für die Beseitigung des Achtstundentages der Bauarbeiter uns einsetzen. Ueber eine solche Behauptung läßt selbst kommunistische Hühner.

Die „Rote Fahne“ tut aber so, als handle es sich bei dem Abbau des Achtstundentages der russischen Bauarbeiter nur um eine Ankündigung, gegen die sich die russischen Bauarbeiter jetzt zur Wehr gesetzt hätten. Sie unterschlägt ihren gläubigen Lesern, daß Sawin, der Vertreter des Zentralkomitees der Bauarbeiter, in der Plenarsession der russischen gewerkschaftlichen Bundeszentrale nach dem „Trud“ am 11. Februar unter anderem mitgeteilt hat, daß in Leningrad von den Sowjetbehörden der Befehl ausgegeben worden ist, einen zehnstündigen Arbeitstag für die Bauarbeiter festzusetzen, wobei die Ueberstunden nicht in anderthalbfacher Höhe (wie es das Gesetz erfordert), sondern nach dem gewöhnlichen Tarif bezahlt werden. So bestimmen in Sowjetrußland die Arbeiter!

Was Deutschland betrifft, so können wir wohl sagen, daß heute im großen und ganzen der Angriff auf den Achtstundentag der Bauarbeiter als abgeschlagen betrachtet werden kann. Trotz der kommunistischen Spaltung ist es den Zentralorganisationen der Bauarbeiter gelungen, den Achtstundentag zu halten. Der „Vorwärts“ hat den Kampf der Bauarbeiter stets rücksichtslos unterstützt, während die „Rote Fahne“ den Organisationen stets Knüppel zwischen die Beine geworfen hat. Diese Feststellungen dürften genügen.

Jahresversammlung der Steindrucker.

Der Ausflug im Jahre 1925.

Die Berliner Lithographen und Steindrucker hielten am Donnerstagabend im Gewerkschaftshause ihre Jahresversammlung ab, die sehr stark besucht war.

Banda führte in seinem Jahresbericht aus, daß es bei solcher Gelegenheit Aufgabe der Organisation sei, Rückschau zu halten, die Gegenwart zu prüfen und die Zukunftsmöglichkeiten zu untersuchen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise sei in dem kapitalistischen System begründet. Dabei spiele die rückständige technische Beschaffenheit der Betriebe auch im Steindruckgewerbe eine wesentliche Rolle. Der Redner stellte dem gegenüber die auf weiteste technische Betriebesverbesserung gerichteten Maßnahmen der amerikanischen Unternehmer. Während der guten Konjunktur war es möglich, die Löhne den wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen anzupassen. Jetzt seien die Unternehmer aber allenthalben bestrebt, die Löhne wieder abzubauen und die Arbeitslosen für ihre Pläne zu mißbrauchen. Dagegen müsse sich die Organisation mit aller Entschiedenheit wehren.

Der Verhandlungstag in Köln habe vorausschauende Arbeit geleistet. Die Mitgliederzahl ist jetzt auf etwa 3700 gestiegen. 90 Gruppenversammlungen wurden abgehalten. Die Gruppe der Kartographen kehrte wieder in den Verband zurück.

Auch in Berlin wurde zur Förderung der beruflichen Tätigkeit eine technische Arbeitsgemeinschaft gegründet. Die

gleiche Aufmerksamkeit wurde den Bestrebungen der Jugend zugewendet. Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des Berliner Ortsvereins fand eine Festversammlung statt, in der den Jubilaren eine besondere Ehrung erwiesen wurde. Die Unterstützungseinrichtungen kommen den arbeitslosen und kranken Kollegen im Tageskampf zugute. Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften müsse rege propagiert werden. Auch die Betriebsräte würden künftig größere Aufgaben zu erfüllen haben.

Im Mai laufen in der gesamten graphischen Industrie die Tarife ab. Die Unternehmer werden dann einen gemeinsamen Vorstoß gegen die Arbeiterschaft unternehmen. Darum bedürfe es jetzt mehr denn je der Solidarität aller Kollegen. An der Geschlossenheit der Organisation müsse jeder Angriff der Unternehmer auf die elementarsten Rechte der Arbeiterschaft zerstoßen.

Aus dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht, der von Grapen erläutert wurde, ergab sich eine günstige Entwicklung der Finanzen. Auch der Kassenbericht legte Zeugnis ab von der intensiven Arbeit, die im Verbands geleistet worden ist.

In der lebhaften Diskussion wurde die Tätigkeit des Verbandes im allgemeinen anerkannt. Auch die Indifferenzen solle man für die freien Gewerkschaften zu gewinnen suchen. Für die Arbeitslosen bleibt es bei den bisherigen Unterstützungen. Die ausgesteuerten Kollegen sollen auch ferner durch freiwillige Sammlungen unterstützt werden.

Bei der Abstimmung wurde der bisherige Ortsvorstand gegen eine einzige Stimme wiedergewählt.

Lehrlingszuchterei in der Chirurgiemechanik.

Eine Branchenversammlung der Chirurgiemechaniker beschäftigte sich am Donnerstag im Metallarbeiter-Verbandshause nach einem Referat des Berufsberaters, Genossen Hammer, mit dem Lehrlingsunwesen in diesem Gewerbe. Nach den Berichten des Branchenleiters Reudecker wie des Genossen Kopf hat in der Branche eine beispiellose Lehrlingszuchterei Platz gegriffen. Nach einer Umfrage waren in 26 Berliner Betrieben 631 Facharbeiter und 369 Lehrlinge beschäftigt. Dieses Bild ist aber höchst unvollständig, da viele kleine Betriebe nicht erfaßt werden konnten, in denen die Verhältnisse noch viel mehr im argen liegen. Man kann sagen, daß auf die Zahl der beschäftigten Facharbeiter ein Lehrlingslohn von 45 bis 50 Proz. entfällt. Ein besonders trauriges Beispiel ist die Firma Dewitt u. Herz, Georgenkirchstraße 24, bei der 80 Facharbeiter und 70 Lehrlinge in einer sogenannten Innungswerkstatt beschäftigt sind. Dabei bietet die Branche den Lehrlingen nach beendeter Lehrzeit fast keine Beschäftigungsmöglichkeit. Die handwerksmäßige Herstellung chirurgischer Instrumente wird mehr und mehr verdrängt durch ihre Ausführung in Fabrikbetrieben. Heute werden schon etwa 90 Proz. aller chirurgischen Instrumente durch Spezialarbeiter in Großbetrieben hergestellt. Die in den Kleinbetrieben herangezogenen Lehrlinge sind also gezwungen, nach beendeter Lehrzeit in die Großbetriebe zu gehen und sich zum Spezialarbeiter umzustellen. Sie müssen noch einmal umlernen, die vierjährige Lehrzeit war unnütz.

In der orthopädischen und Bandagenindustrie liegen die Verhältnisse ähnlich. In dieser Industrie, die die Versorgung der Kriegsbeschädigten, Krüppel, Amputierten jeder Art und dergleichen besorgt, haben gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich andere Fabrikationsmethoden Platz gegriffen, wodurch ein großer Teil dieser Berufsangehörigen zurzeit erwerbslos ist. Eine Verminderung der Lehrlingshaltung ist aber nicht zu verzeichnen. Die Lehrlinge werden in wenigen Jahren durch den allmählichen Rückgang der Kriegsbeschädigten und Krüppel erfahren, daß dieser Beruf für sie keine Erwerbsmöglichkeit mehr bietet. In erster Linie müßte hier die Gewerbeaufsichtsbehörde einmal nach dem Rechten sehen, da die meisten Betriebe aus eine fachliche Ausbildung ihrer Lehrlinge gar keinen Wert legen. Die Art der Ausbildung verfährt in vielen Betrieben sogar gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung. In Betrieben mit Lehrlingen soll mindestens ein Meister, der die Meisterprüfung gemacht und so die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen hat, vorhanden sein. In vielen Betrieben ist aber entweder gar keiner oder nur 1 bis 2 Gezellen, jedoch bis zu 15 Lehrlingen beschäftigt. Es wurde ein Fall angeführt, wo sogar ein Klempnermeister Mechanikerlehrlinge ausbildete. Die Unternehmer betreiben diese profitorientierte Lehrlingswirtschaft vornehmlich deshalb, um gegen die Betriebe, die noch mit Facharbeitern arbeiten, konkurrenzieren zu können. Die mit Hilfe solcher Schmutzkonkurrenz hergestellten Instrumente sind wohl billiger als die, die in vernünftig geleiteten Betrieben hergestellt werden. Sie sind dafür aber auch minderwertiger.

Nicht nur die Aufsichtsbehörden müssen hier endlich regelnd eingreifen, auch die Eltern sollten davon abgehen, ihre Kinder diese Berufsetern zu lassen, die für die jungen Leute nach beendeter

Lehrzeit keinerlei Existenzmöglichkeit bieten. Heftig kritisiert wurden in der Versammlung auch noch die völlig unhygienischen Arbeitsräume bei der Firma Lautenschläger, Südbufer 4-6, die der Gewerbeaufsichtsbehörde unmöglich bekannt sein können.

Verbot des gewerblichen Rufzuziehens von Gemeindebeamten.

Das Städtische Nachrichtenamt teilt mit: „Die Frage der Erlaubnis an Gemeindebeamte zum gewerblichen Rufzuziehen ist vom Magistrat dahin entschieden worden, daß den städtischen Beamten jedes Rufzuziehen gegen Entgelt grundsätzlich untersagt ist. Sie sind kürzlich von neuem auf dieses Verbot hingewiesen worden und werden in allen Fällen zur Verantwortung gezogen, in denen Zuwiderhandlungen zur Kenntnis ihrer Dienstbehörde gelangen.“

Der Magistrat hat in einer Reihe von Fällen festzustellen versucht, ob in bestimmten Kapellen hiesige Kommunalbeamte beschäftigt sind. Soweit die betreffenden Unternehmer sich überhaupt bereit gefunden haben, eine entsprechende Anfrage zu beantworten, haben sie sie verneint. Zu einer unmittelbaren Feststellung entgegen dem Willen der Unternehmer fehlt dem Magistrat die gesetzliche Handhabe. — Warum wendet sich der Magistrat nicht an den Deutschen Rufzuzieherverband? Da würde er bestimmt mehr erfahren.

Verlängerter Lohnstarif im Röhrengroßhandel.

Die Unternehmer des Röhrengroßhandels hatten das bestehende Lohnabkommen zum 28. Januar gekündigt und einen etwa zehnprozentigen Lohnabbau gefordert. Da in den Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien am 3. Februar eine Einigung nicht erzielt wurde, riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuß an. Dieser fällt am 18. Februar einen Schiedspruch, durch den das Lohnabkommen bis zum 31. März verlängert wird. Da beide Parteien dem Schiedspruch zugestimmt haben, ist der Konflikt dadurch erledigt.

Herr Babitschin berichtet.

Auf unsere Artikel über den Streik bei der Firma Babitschin erhalten wir von dem Inhaber der Firma eine Zuschrift, in der in längeren Ausführungen auf die Ursachen der Arbeitsniederlegung in den beiden Betrieben Lichtenberg und Hohenschönhausen, die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Streikterklärung und dergleichen Bezug genommen wird. Herr Babitschin verläßt in dieser Aufschrift nachzuweisen, daß es den Streikenden nicht gelungen sei, den geplanten Lohnabbau abzuwehren. Wir wollen hier nur einige Sätze aus der zwischen Herrn Babitschin und dem Deutschen Verehrerbund getroffenen Vereinbarung anführen, die das Gegenteil seiner Behauptung beweisen. Es heißt im Absatz 2 der Vereinbarung: Die Firma Babitschin ist bereit, der Belegschaft ein Gesamteinkommen zu gewähren, das den im Röhrengroßhandel vereinbarten Lohnhöhen für Transportarbeiter entspricht. Ferner im Absatz 3: In beiden Betrieben werden sofort je 15 Arbeiter ein-

W **ntwoll vor allem sind doch Billiarden. Wie Reichardt sie schuf im Feinkakao**

Grat!

Für ein paar Pfennig hundert Milliarden Atome Schlürft restlos zum Frühstücksmahl. Macht doch erst Kraft und Gesundheit das Leben Dir lebenswert auf dieser Welt. All das kann aber nur Reichardt Dir geben, hast ihn zum Hausfreund Dir bestellt!

Einsegnungs-Anzüge Frühjahrs-Neuheiten

- Blauer Cheviot sehr dauerhaft, 2reihig, Größe 38 . . . M. 30.-
- Blauer Cheviot bewährte Qualität, 1- u. 2reihig, Gr. 36, M. 38.-
- Marengo-Cheviot kräftige Qualität, 1- und 2reihig, Gr. 35 . . . M. 44.-
- Blauer Melton-Cheviot solides Fabrikat, 1- u. 2reihig Gr. 35 . . . M. 50.-
- Blauer Kammgarn-Cheviot besonders haltbar, 1- u. 2reihig, Gr. 36 M. 50.-
- Blaues Kammgarn sehr tratzfähig, 1reihig, Gr. 38 M. 59.-
- Blaues Twill-Kammgarn sehr elegant, 1- und 2reihig, Gr. 36 . . . M. 65.-
- Blauer Melton-Cheviot in bester Ausführung, 1- u. 2reihig, Gr. 35 . . . M. 74.-
- Marengo-Melton-Cheviot in solider Verarbeitung, 1- u. 2reihig, Gr. 35 M. 74.-
- Schwarzer Melton-Cheviot elegante Smoking-Form, Gr. 35 . . . M. 77.-
- Smoking-Anzug schwarzer Melton-Cheviot mit Seiden-gepel, Gr. 36 . . . M. 85.-
- Farbige Sakko-Anzüge in modernsten Formen u. Mustern von M. 30.- an



- Herrn-Ulster moderne Muster in den neuen Formen M. 50.- bis 65.- 46.-
- Herrn-Ulster prima Garbano- und Covercoatstoffe M. 120.- bis 108.- 90.-
- Marengo-Paletots gute Stoffe in Melton und Cheviot . . . M. 65.- bis 65.- 48.-
- Herrn-Gummi-Mäntel prima Gummierung, Kaschmir und Köper, moderne weite Schlüpfersform . . . M. 40.- bis 27.- 19.-
- Herrn-Gabardine-Mäntel in Schlüpfers- und zweireihiger Paletotsform . . . M. 65.- bis 27.- 68.-
- Herrn-Loden-Mäntel prima imprägnierter Strichloden in Schlüpfers- und Manteiform . . . M. 53.- bis 58.- 27.-
- Sakko-Anzüge strapazierfähige Stoffe in moderner Musterung . . . M. 60.- bis 55.- 44.-
- Sakko-Anzüge aparte Neuheiten, in gediegenen Qualitäten . . . M. 110.- bis 95.- 80.-
- Blaue Sakko-Anzüge erprobte Qualitäten, in elegant. Verarbeitung, M. 95.- bis 77.- 65.-
- Sport-Anzüge 4teilig, mit langer und kurzer Hose, in den neuesten Farben und Formen M. 100.- bis 85.- 68.-

- Oberhemden weiß 5.50
- Schleifenbinder 2.80 25 Pf.
- Glacéhandschuhe 3.75
- Unterwäsche, Kragen, Hüte usw.

- Kieler Anzüge prima Stoffe, für 3 Jahre 30.- bis 25.- 20.-
- Kieler Pyjacks beste Ausführung, für 3 Jahre 32.- bis 16.- 12.-
- Ulster u. Schlüpfers modernste Musterung, für 3 Jahre 50.- bis 20.- 15.-
- Schüler-, Matrosen- und Sportmützen

Leineweber

Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6

gestellt, die übrigen Arbeitsträfte werden baldmöglichst nach Bedarf eingestellt, bevor betriebsfremde Arbeitskräfte beschäftigt werden. Und im Absatz 5: Es wird anerkannt, daß es sich um keine Arbeitsunterbrechung gehandelt hat. Maßregelungen finden nicht statt. Die bisherigen Betriebsräte treten in ihre alten Rechte ein.

Dagegen hatte Herr Labischin zunächst eine Lohnkürzung von 40 Proz. vornehmen wollen. Es ist nun schon so, daß es den Arbeitern gelungen ist, den beabsichtigten Lohnabbau von 40 Proz. in der Hauptmasse abzuwehren.

Zu alt.

Im Restaurant „Zum Heidelberger“ wurde ein Personalabbau vorgenommen, weil der Rückgang des Geschäfts eine Einschränkung notwendig erscheinen läßt. Der Abbau traf auch eine Frau, die 73 Jahre alt ist und seit 5 Jahren in der Küche des „Heidelberger“ mit Gemüseputzen beschäftigt war. Die Entlassung ist ein schwerer Schlag für die Alte, denn daß sie noch irgendwo wieder Arbeit finden wird, ist ausgeschlossen. Sie klagte beim Gewerbeamt, weil sie ihre Entlassung als unbillige Härte empfindet und berief sich darauf, daß die Wirtschafterin bedauert habe, in der Alten eine brauchbare und zuverlässige Arbeitskraft zu verlieren. Auch der Geschäftsführer gab vor Gericht zu, daß gegen die Arbeitsleistung der Klägerin nichts einzuwenden ist.

Man darf hiernach annehmen, daß die Gelegenheit des Abbaues

benutzt worden ist, um eine alte, aber immerhin noch brauchbare Arbeiterin loszuwerden, was in diesem Falle gleichbedeutend ist mit der Vernichtung ihrer Existenz. Aber was kümmert das die Geschäftsleitung? „Wir haben keine Pensions- oder Versorgungsanstalt“, sagte der Vertreter der Firma. Uebrigens beziehe ja die Klägerin eine Rente. Gemeint ist damit die Altersrente von 20 M., welche die Klägerin aus der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung bezieht, wovon man kaum sagen kann, daß es zum Beruhigern zielt ist. — Die Klägerin möchte gern arbeiten. Sie erbot sich, wenn sie schon beim Gemüseputzen übermäßig sein sollte, dann könnte sie doch beim Abwaschen beschäftigt werden. Aber davon will der Vertreter der Firma nichts wissen. Er behauptet, das sei für die alte Frau eine zu schwere Arbeit, die werde sie nicht leisten können. Auch der Vorschlag, doch erst zu versuchen, ob die Klägerin nicht beim Abwaschen zu verwenden sei, wurde abgelehnt.

Das Gericht erkannte an, daß die Entlassung der alten Frau eine unbillige Härte ist und verurteilte die Firma, die Klägerin wieder einzustellen oder ihr eine Entschädigung von 300 M. zu zahlen.

Kommunistische Niederlage.

Hamburg, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zu den diesjährigen Wahlen im Holzgewerbetarbeiterverband in Hamburg hatten sich die Kommunisten große Hoffnungen gemacht, mußten sie doch die starke Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe für ihre Zwecke weidlich aus-

begleitet von einer umfangreichen Presse- und Flugblattkampagne. Zunächst galt's der verhassten Listenwahl. Die Enttäuschung über das Ergebnis muß sehr groß sein. Listenwahl wurde mit erdrückender Mehrheit beschlossen. Bei der Verwaltungswahl erhielt die Amsterdamer Liste 865, die Moskauer Liste 287 Stimmen.

Auch bei den Frankfurter Metallarbeitern.

Frankfurt a. M., 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes standen sich zwei Listen gegenüber, die Liste Amsterdam und die Liste Moskau. Die Moskauer Liste erhielt 264, die Amsterdamer 863 Stimmen. Das bedeutet eine empfindliche Niederlage für die Kommunisten.

Geschäftliche Mitteilungen.

Durch den Abriß der Häuser am Hermannplatz ist der bekannte Bergungspfad des Südens nach dem Volkspark Bergischhöhe, Karlsruherstr. 6-11, verlegt worden. Die Eröffnung erfolgt am Sonnabend, den 7. Februar, abends, mit großer Musikpötte. Neu für Berlin ist Barthels Turmruiffbahn, außerdem viele andere Attraktionen und Sensationen. Sie verpassen auf das heutige Interesse.

Wit Hilke Laar veranbietet die bekannte Herren- und Damen-Kaufhausfirma G. Joseph, Schönberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstraße, und bietet wieder ganz außergewöhnliches. In den erweiterten Verkaufsräumen findet man erstklassige Auswahl in Feinbäckwaren und Wänteln für jeden Geschmack zu sehr billigen Preisen in nur guten Qualitäten.

Extra billige Angebote zu den Einsegnungen

Beachten Sie unsere Fenster

Beachten Sie unsere Fenster

Porzellan

Teller Feston, tief oder flach	0.40
Teller Feston, tief oder flach, mit Goldrand, la Ware	0.80
Abendbrotteller Feston, Gold, la Ware	0.50
Frühstückservice 3 1/2 lg. große Kanne, dek.	2.95
Kaffeesevice 9 tlg. Randdekore	4.95
Abendbrotteller weiß Porzellan	0.18
Schüssel bunt, 23 cm	0.55
Kaffeesevice 16 tlg. Kantendekor	11.50
Tasse mit Untertasse, Goldrand	0.38
Tasse mit Untertasse, groß, weiß	0.28

Glas

Weingläser optisch, zum Ausschuchen	0.35
Weinrömer mit grünem Fuß	0.40
Käseglocken	0.95
Weinrömer geschliffen	0.95
Glasteller	0.09
Bierbecher Mattband	0.18
Bierbecher gull.	0.23
Bierbecher Goldrand	0.23
Bierbecher geschliffen	0.45
Glasschüssel 23 cm	0.85

Emaille

Wassereimer grau, 28 cm	0.85
Wasserkessel mit Sack, 20 cm	1.95
Mülleimer weiß, mit Deckel	2.95
Schmortopf 18 cm	0.95
Kasserolle 18 cm	0.95
Kasserolle mit Ring, 22 cm	1.50
Nachtgeschirr grau, 20 cm	0.75
S. S. S.-Garnitur	1.95
Wanne oval, 40 cm	1.95
Wanne rund, 36 cm	0.95

Wirtschaftsartikel

Wandkaffeemühle gutes Werk	2.95
Brotkasten groß, gute Lackierung	2.95
Brotkorb lackiert, oval	0.58
Zwiebelbehälter	0.50
Wasserkessel Aluminium	3.75
Alum.-Schmortopf 18 cm	0.95
Tortenplatte 28 cm, Messing vernickelt	2.95
Alum.-Kasserolle 18 cm	0.95
Gasplatten mit Erhitzer, gut vernickelt	9.00

Kristalle u. Tafelservice in großer Auswahl

Für Einsegnungen und sonstige Festlichkeiten verleihen wir zu günstigen Bedingungen Porzellane und Glas jeder Art.

Geschenkartikel für alle Gelegenheiten

Walter Michelson G.m. Neukölln Bergstr. 44-45
B.H. (gegenüber dem Hohenzollernplatz)

Ausnahme-Preise!

in Kurzwaren und Futterstoffen

Schneiderbüsten mit Ständer	11.75	Nähnadeln Brief	5 Pf.	Sockenhalter	45 Pf.	Jakonett grau, weiß, schwarz, Mir.	75 Pf.
Obergarn 1000 Mtr., 4fach, Rolle	55 Pf.	Haarnadeln 5 Pack.	10 Pf.	Gummiband	20 Pf.	Jakonett in allen Modelnfarben, Mir.	80 Pf.
Obergarn 500 Mtr., 4fach, Rolle	13 Pf.	Lockennadeln 5 Pack.	10 Pf.	Kinder-Strumpfhalt.	40 Pf.	Köper erprobte Qualität, Mir.	85 Pf.
Stopfgarn	20 Pf.	Stopfnadeln Brief	12 Pf.	Rüschengummi	30 Pf.	Rollköper weiße Ware, Mir.	95 Pf.
Bettlitze	8 Pf.	Sicherheitsnadeln 1 Dutzend sortiert	10 Pf.	Baumwollband schwarz und weiß, 2 Stück	15 Pf.	Satin in ca. 150 Farben, pr. Qualität, Mir.	1.40
Druckknöpfe rostfrei, 3 Dtz.	10 Pf.	Wäscheknöpfe, Karin 3 Dtz.	22 Pf.	Rouleauschnur 7 Meter, Sek.	30 Pf.	Foulardine elegante, leichte Ware, Mir.	1.50
Stecknadeln 3 Briefe	10 Pf.	Strumpfhalter	28 Pf.	Gardinenband	12 Pf.	Damastfutter f. Kostüme u. Mäntel 140 cm br., Mir.	3.50
Stahlstecknadeln 50 Gramm im Kart.	20 Pf.	Gürtelhalter	85 Pf.	Perlmutterknöpfe	22 Pf.	Clothu.Serge 140 cm br., Mir.	2.60
						Wollserge 140 cm breit, Mir.	2.65

Damassé Kunstseide mit Baumwolle, 80 cm breit	2.60	Halbseidene Serge schwere Qualität, 130 cm breit	3.75	Halbseidene Duchesse f. Kostüme u. Mantelfutter, 70 cm br.	3.30	Atlas groß, Farbensortiment, 60 cm breit	2.40
---	------	--	------	--	------	--	------

Billiger Verkauf von Kleider- und Seidenstoffen

Crêpe ramagé reine Wolle, doppeltbreit	2.90	Blusenflanell wellgenäht	1.10	Crêpe de Chine großes Farbensort, 100 cm breit	4.90
Popeline reine Wolle, großes Sortiment	2.25	Krepp-Karos in den neuesten Farben	1.35	Helvetia prachtvolle Qualität, 85 cm breit	3.40
Crêpe façonné und parquett, letzte Neuheit	4.00	Kar. Kleiderstoffe in vielen Sorten, ca. 100 cm breit, Mir.	1.75	Bastseide, naturfarbig	2.75
Epingle u. Wollserge nur moderne Farben, Mir.	3.90	Papillon-Schotten reine Wolle	2.45	Waschseide neue Streifen, 70 cm breit	1.60
Gabardine halbbare Qualität, 130 cm breit	3.60	Marocain Kunstseide mit Baumwolle, 100 cm breit	3.90	Kunstseiden. Krepon 90 cm br., auch Schotten Meter	3.95
Rips u. Ripspopeline f. Kleider u. Mäntel, 130 cm br., Mir.	5.25	Marocain reine Wolle, moderne Muster	2.90	Crêpe Marocain Kunstseide mit Baumwolle 100 cm breit, in allen Farben	3.90
Eolienne Wolle mit Seide, 100 cm breit	4.90	Woll-Musselin in großer Auswahl	1.95	Bordürenstoffe Waschseide, 130 cm br.	7.25
Blusenstoffe hell und dunkel gestreift	75 Pf.	Musselin leicht	85 Pf.	Marocain Wolle mit Seide, schwere Kleiderware, 100 cm breit	7.90

H. Joseph & Co NEUKÖLLN
Berliner Straße 51/55